

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten  
betreffend**

### **Maßnahmen gegen Terror und radikal-islamistischen Extremismus**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

1. rechtliche Schritte geprüft werden, wie Staatsbürgern, die offensichtlich einen Anschlag gegen unsere freie demokratische Gesellschaft verübten und terroristische Vereinigungen unterstützen die Staatsbürgerschaft entzogen werden und eine Außerlandesbringung so rasch wie möglich stattfinden kann,
2. rechtliche Möglichkeiten geprüft werden, um integrationsverhindernde Vereine, die ein Dach für islamistische Radikalisierung bieten, auflösen zu können,
3. die sofortige Aberkennung des Asylstatus und die Abschiebung von amtsbekannten Mitgliedern und Unterstützern von Terrornetzwerken in die Wege geleitet wird,
4. die rechtlichen Bestimmungen dahingehend angepasst werden, sodass rechtskräftig Verurteilten der Asylstatus im Eilverfahren aberkannt werden kann und Asylwerber ohne bereits positiv ausgestellten Asylbescheid eine Weiterführung des Verfahrens versagt werden kann,
5. für abzuschiebende islamistische Gefährder Möglichkeiten von Gebiets- und Reisebeschränkungen bzw. -verboten nach dem Vorbild anderer Europäischer Staaten geschaffen werden,
6. die Mindeststrafe für die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung auf ein deutlich höheres Niveau angehoben werden soll und die Möglichkeit einer bedingten Entlassung für die Tatbestände der §§278b und c (terroristische Vereinigung und terroristische Straftaten) entfällt,
7. eine Evaluierung der Deradikalisierungsprogramme und der damit befassten Organisationen vorgenommen wird, sowie die Maßnahmen auch nach der Verbüßung der vollen Strafe zur Anwendung kommen,
8. eine Überprüfung und gegebenenfalls Nachjustierung der bestehenden Terrorkonzepte erfolgt,
9. das Bundesamt für Verfassungsschutz reformiert werden soll und die finanziellen Mitteln und das Personal des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf ein angemessenes Maß zu erhöhen, um vor allem die radikal-islamistischen Strömungen in Österreich verstärkt unter Beobachtung stellen zu können,

10. die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus in der Europäischen Union zu verstärken.

### **Begründung**

Die islamistischen Anschläge der letzten Tage in Frankreich und der abscheuliche, feige Terrorakt in der Wiener Innenstadt haben eines gezeigt: Terrorismus und radikale Gesinnungsgemeinschaften haben in Europa Fuß gefasst. Nach offiziellen Angaben war der Attentäter von Wien – Doppelstaatsbürger von Österreich und Nordmazedonien – ein Anhänger der radikalislamistischen Terrormiliz IS. Er war bereits ein behördlich bekannter Gefährder und wurde am 25. April 2019 wegen des Versuchs der Unterstützung des Islamischen Staates zu 22 Monaten Haft verurteilt. Dem Täter war es offensichtlich gelungen, das Deradikalisierungsprogramm der Justiz zu täuschen. Er wurde frühzeitig bedingt entlassen.

Radikalisiert wurde er, wie viele andere, in einem Wiener Moscheeverein, der bekannt war für seine radikal-islamistische Weltanschauung. Gegen Gruppierungen und Vereine, die junge Menschen mit diesem Gedankengut anstecken und mit Terror, Gewalt und Schrecken versuchen, ein sicheres Land wie Österreich zu destabilisieren und in Angst zu versetzen, muss entschlossen und mit allen demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln vorgegangen werden. Es müssen vor allem Möglichkeiten geschaffen werden, um derartige Vereine, die ein Dach für islamistische Radikalisierung bieten und junge Erwachsene für terroristische Aktivitäten begeistern, auflösen zu können.

Radikale Netzwerke und terroristische Gemeinschaften dürfen in Österreich keinen Platz haben. Mit der Ausübung solcher schrecklichen Taten wie in Wien wollen diese Gruppierungen nicht nur einen Keil in unsere freie pluralistische Gesellschaft treiben, sondern solche Akte sind vor allem auch ein Anschlag auf unser demokratisches Grundverständnis und ein Angriff auf die christliche Wertekultur. Mitgliedern und Unterstützern von terroristischen Netzwerken und Gruppierungen muss mit voller Härte des Gesetzes entgegengetreten werden. Für solche Personen ist in Österreich und Europa kein Platz. Dieser Kampf gegen grausame Mörder und ihre Anstifter muss ein gemeinsamer europäischer Kampf sein.

Wer neben der österreichischen Staatsbürgerschaft eine weitere Staatsbürgerschaft besitzt, verliert laut der derzeitigen Gesetzeslage bei freiwilligen Eintritt in den Militärdienst eines anderen Landes sofort die österreichische Staatsbürgerschaft. Beim Eintritt in eine terroristische Vereinigung ist dieser Automatismus dagegen derzeit nicht vorgesehen. Hier braucht es unbedingt eine Adaptierung der gesetzlichen Bestimmungen. Ebenso müssen auch Terroristen, die nur die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, diese bei Terroraktivitäten verlieren. Wer ausländische Terroristen unterstützt, hat kein Recht Österreicher zu sein.

Um Taten, wie sie in Wien und Frankreich geschehen sind, in Zukunft verhindern zu können, ist es zudem wichtig, dass nicht nur im Bereich der inneren Sicherheit, sondern vor allem auch der grenzüberschreitende Austausch und die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden und insbesondere der Geheimdienste im Kampf gegen den Terror verstärkt werden. Das hilft europaweite und internationale - teils auch politisch-religiös motivierte - Terrornetzwerke schneller und gezielter auszuforschen. Die Zusammenarbeit muss vor allem präventiv geschehen, um diese brutalen Terrorakte ehestmöglich zu unterbinden.

Die unterzeichneten Abgeordneten bekennen sich zu einem gemeinsamen europäischen Kampf gegen den Terrorismus und gedenken allen Opfern der islamistischen Anschläge in Frankreich und insbesondere der Terroropfer in Wien. Sie ersuchen daher die Oö. Landesregierung, sich bei der Bundesregierung und der Europäischen Kommission für die rasche Umsetzung der geforderten Maßnahmen zum Schutz der oberösterreichischen Bevölkerung einzusetzen und die europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken.

Linz, am 9. November 2020

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr, Wall, Fischer, Handlos, Kattnigg, Bahn, Gruber, Pröller, Kroiß, Graf, Lackner, Nerat, Neubauer, Cramer, Baldinger, Schießl**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Hattmannsdorfer, Dörfel, Stanek, Raffelsberger, Oberlehner, Csar, Höckner, Manhal, Scheiblberger**